Pressespiegel

Ausgabe: 26.07.2017

Niederrhein DGB

Anteil „atypischer“ Jobs in der Stadt auf 39 Prozent gestiegen

„Auf dem heimischen Arbeitsmarkt ist einiges in Schieflage geraten“: Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein, beanstandet die Zunahme prekärer Jobs. (Foto: IG BAU)

Immer mehr unsichere Jobs: 75.600 Duisburger arbeiten in Teilzeit, Leiharbeit oder haben einen Minijob als alleiniges Einkommen. Damit ist der Anteil der so genannten atypischen Beschäftigung an allen Arbeitsverhältnissen im vergangenen Jahr auf einen Rekordwert von 39 Prozent gestiegen. Das kritisiert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Gewerkschaft beruft sich hierbei auf eine aktuelle Studie der Hans-Böckler- Stiftung, die die Entwicklung am städtischen Arbeitsmarkt seit dem Jahr 2003 untersucht hat. Damals lag die Quote atypischer Jobs noch bei 29 Prozent.

IG BAU-Bezirkschefin Karina Pfau spricht von einem „Alarmsignal an die Politik“: „Es kann nicht sein, dass wir einerseits einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, aber andererseits so viele Menschen in prekären Verhältnissen arbeiten“, sagt Pfau. Hier sei „grundsätzlich etwas in Schieflage geraten“. Der unbefristete Vollzeit-Job müsse dringend wieder zum Normalfall werden, fordert die IG BAU.

Nach Angaben der Böckler-Stiftung hat in Duisburg besonders die Teilzeit- Beschäftigung drastisch zugenommen: Arbeiteten 2003 noch etwa 22.600 Erwerbstätige in Teilzeit, waren es 2016 bereits rund 38.200 – ein Anstieg von 69 Prozent. „Gerade für Frauen ist es nach einer Familienpause enorm schwer, wieder voll in den Beruf einzusteigen. Gegen die Teilzeit-Falle brauchen wir endlich ein verbrieftes Rückkehrrecht in Vollzeit“, ist Karina Pfau überzeugt. Ein entsprechender Gesetzentwurf der großen Koalition war in diesem Frühjahr am Widerstand der Union gescheitert.

Auch bei Minijobs gibt es der Studie zufolge keine Entwarnung: Rund 27.500 Menschen in Duisburg waren 2016 ausschließlich geringfügig beschäftigt (2003: 26.900). In der Gebäudereinigung machten Minijobs mittlerweile die Hälfte aller Arbeitsplätze aus, berichtet Gewerkschafterin Pfau. Auch hier seien es insbesondere Frauen, die nach einem Jobverlust oder einer Trennung oft schnell in Hartz IV abrutschten.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im September fordert die IG BAU Duisburg- Niederrhein von den Parteien klare Konzepte „gegen die Unwucht am Arbeitsmarkt“. Dazu müsse die Abschaffung der Befristungen ohne sachlichen Grund genauso gehören wie die Einbeziehung von Minijobs in die Sozialversicherung. „Dabei sind auch die Arbeitgeber in der Pflicht. Statt aufs Billig-Prinzip sollten Chefs auf Kontinuität setzen“, betont Pfau. Wer heute vollwertige Stellen schaffe, brauche sich morgen nicht um fehlende Fachkräfte sorgen.

Lokalkompass.de

Pressespiegel

Ausgabe: 26.07.2017

Niederrhein DGB

Schieflage am Arbeitsmarkt im Kreis

Kritik der Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt: Immer mehr unsichere Jobs.

KREIS KLEVE (RP) Rund 55.900 Menschen im Kreis Kleve arbeiten in Teilzeit, Leiharbeit oder haben einen Minijob als alleiniges Einkommen. Damit ist der Anteil der sogenannten atypischen Beschäftigung an allen Arbeitsverhältnissen im vergangenen Jahr auf einen Rekordwert von 46 Prozent gestiegen. Das kritisiert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die die Entwicklung am Arbeitsmarkt im Kreis Kleve seit dem Jahr 2003 untersucht hat. Damals lag die Quote atypischer Jobs noch bei 37 Prozent.

IG BAU-Bezirkschefin Karina Pfau spricht von einem „Alarmsignal an die Politik": „Es kann nicht sein, dass wir einerseits einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, aber andererseits so viele Menschen in prekären Verhältnissen arbeiten", sagt Pfau. Hier sei „grundsätzlich etwas in Schieflage geraten". Der unbefristete Vollzeit-Job müsse dringend zum Normalfall werden, fordert die IG. Nach Angaben der Böckler-Stiftung hat im Kreis Kleve besonders die Teilzeitbeschäftigung zugenommen: Arbeiteten 2003 noch 12.500 Erwerbstätige in Teilzeit, waren es 2016 mit 26.200 bereits gut doppelt so viele. „Gerade für Frauen ist es nach einer Familienpause schwer, wieder voll in den Beruf einzusteigen. Gegen die Teilzeit-Falle brauchen wir ein verbrieftes Rückkehrrecht in Vollzeit", ist Pfau überzeugt. Ein Gesetzentwurf der SPD war am Widerstand der Union gescheitert. Auch bei Minijobs gibt es der Studie zufolge keine Entwarnung: Rund 24.500 Menschen im Kreis Kleve waren 2016 ausschließlich geringfügig beschäftigt (2003: 23.300). In der Gebäudereinigung machten Minijobs mittlerweile die Hälfte aller Arbeitsplätze aus, berichtet Gewerkschafterin Pfau.

IG BAU-Bezirkschefin Karina Pfau.

FOTO: IG BAU

Auch hier seien es insbesondere Frauen, die nach einem Jobverlust oder einer Trennung oft schnell in Hartz IV abrutschten.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im September fordert die IG BAU Duisburg-Niederrhein von den Parteien klare Konzepte „gegen die Unwucht am Arbeitsmarkt". Dazu müsse die Abschaffung der Befristungen ohne sachlichen Grund genauso gehören wie die Einbeziehung von Minijobs in die Sozialversicherung.

„Dabei sind auch die Arbeitgeber in der Pflicht. Statt aufs Billig-Prinzip sollten Chefs auf Kontinuität setzen", betont Pfau. Wer heute vollwertige Stellen schaffe, brauche sich morgen nicht um fehlende Fachkräfte sorgen.

RP Kleve